



Nigeria vor den Wahlen 2003: Kandidaten und Aussichten

Rudolf Traub-Merz

18. Februar 2003

„Nigerian Politics is an uncanny amalgam of intrigues, ethnicity, issues...and Nigerian politics is a gangster fight. The rules are those of the underworld“. (Rya Ekpu, Newswatch, Jan. 20, 2003)

- In Nigeria finden im April die Präsidentschafts- Gouverneurs- und Parlamentswahlen statt. Die vierte Republik versucht erneut, was bisher immer scheiterte: dass Zivilregierungen durch Wahlen abgelöst werden und die Militärs in den Kasernen bleiben;
- Im Wahlkampf bestimmen ethnische und regionale Identitäten. Die Einführung der Sharia in 13 der 19 Bundesländer in Nordnigeria macht nun erstmalig auch die Religion zu einer Waffe, mit der um politische Macht gerungen wird;
- Bei der Präsidentschaftswahl kommt es zum Duell zwischen Amtsinhaber Obasanjo (PDP) und General Buhari (ANPP). Beide setzten ihre Nominierung mit fragwürdigen Manövern durch. Präsident Obasanjo geht als Favorit ins Rennen. Er weiß drei der sechs geopolitischen Zonen des Landes hinter sich.
- Herausforderer Buhari leidet an einem doppelten Imageproblem als ehemaliger Militärdiktator (1983-85) und Vertreter der Interessen des Nordwestens. Chancen eröffnen sich ihm nur, wenn sich der Südosten zur Allianz bereit erklärt. Der aber ist zerstritten und fordert einen Präsidenten aus der eigenen Region.
- Bei den Parlaments- und Gouverneurswahlen muss die bisher einzige landesweit verankerte Partei PDP mit Einbußen rechnen. Dies droht im Zentralstaat das Regieren ‚gegen ein unwilliges Parlament‘ weiter zu erschweren. Machtwechsel in den Länderexekutiven könnten von heftigen Auseinandersetzungen begleitet sein.

Nigeria befindet sich im Wahlfieber. Am 19. April sind etwa 60 Mio. Nigerianer aufgerufen, einen neuen Präsidenten zu finden. Zeitgleich stimmen sie über die Gouverneure in 36 Gliedstaaten ab. Eine Woche zuvor wird bereits die Zusammensetzung der Parlamente auf Bundes- und Länderebene entschieden. Insgesamt stehen ca. 1.500 Mandate zur Disposition. Das große Stühlerücken wird sich auf Staatsbetriebe und Behörden auswirken - allein der Präsident verteilt über 4.000 ‚politische‘ Jobs. Für die 10.000 lokalen Vertreter der politischen Klasse bleibt vorläufig alles beim Alten. Die Kommunalwahlen, zunächst für Anfang 2002 vorgesehen, sind voraussichtlich auf 2004 verschoben.

Im April steht nicht nur die Wahldemokratie sondern das gesamte zivil-militärische Beziehungsgeflecht auf dem Prüfstand. Afrikas bevölkerungsreichstes Land (über 120 Mio. Einwohner) wurde in seiner 43-jährigen Geschichte nur 14 Jahre von Zivilregierungen geführt. Versuche, die Macht von einer zivilen Administration an die andere zu übertragen, scheiterten alle. Die erste Republik wurde Mitte der 60er Jahre, die zweite 1983 von Militärs beseitigt. General Babangida annullierte die Wahlen zur dritten Republik (1993), aus denen erstmalig ein Yoruba (Abiola) hervorgegangen war und bereitete Abacha den Weg. Erst der Tod des bislang schlimmsten Despoten ermöglichte einen demokratischen Neubeginn. Nach vier Jahren Obasanjo-Regierung soll 2003 gelingen, was bisher immer scheiterte: dass Wahlen eine zweite Legislaturperiode einläuten und die Militärs in den Kasernen bleiben.

Die politische Klasse hat seit der Unabhängigkeit immer in ethnischen und regionalen Blöcken um Einfluss auf die Zentralregierung gerungen. Konflikte äußerten sich in manipulierten Volkszählungen, immer neuen Formeln zur Umverteilung der Haushaltsmittel und vor allem im permanenten Umbau des föderativen Staats. Aus drei Regionen entstanden so im Laufe der Zeit 36 Länder. In allen Phasen manifestierte sich der Grundwiderspruch, dass der muslimische Norden die Dominanz in der Zentralregierung für sich bean-

sprucht, das mit Abstand wichtigste Wirtschaftsgut Erdöl aber im Zentralsüden und Südosten gewonnen wird. Die Einführung der Sharia in 13 der 19 Bundesländer Nordnigerias macht nun erstmalig die Religion zu einer Waffe, mit der um politische Macht gerungen wird. In der Konkurrenz zweier nicht-vereinbarere Rechtssysteme droht das Land entlang einer Nord-Südlinie weiter auseinander zu driften.

Geopolitische Zonen, Ämterrotation und nationaler Zusammenhalt

Das zentrale Thema des Wahlkampfes 2003 ist die geopolitische Rotation des Präsidentenamtes. Nach den langen Jahren Militärherrschaft (1983-99), in denen Vertreter des Nordens primäre Nutznießer waren, existiert ein ungeschriebener Vertrag, nach dem die Präsidentschaft für zwei Legislaturperioden dem Süden zufällt, bevor sie in den Norden ‚zurückwandert‘. Die Ämterrotation gilt Vielen als wichtige Vorkehrung gegen ein dauerhaftes regionales Machtmonopol und Garant für den Zusammenhalt des Landes. Kampagnen sind unterwegs, eine Fünf-Jahresrotation zwischen den sechs geopolitischen Zonen in die Verfassung zu schreiben.

Das ‚Zoning‘ wird in drei Varianten für den Wahlkampf ausgeschlachtet: (a) Der Südwesten soll ein zweites Mal den Präsidenten stellen, bevor das oberste Staatsamt 2007 wieder an den Norden zurückgegeben wird; (b) das

Präsidentenamt bleibt zwar im Süden, wird dort aber an den Zentralsüden oder Südosten weitergereicht; (c) Obasanjo betrieb während seiner ersten Amtszeit 'Politik gegen den Norden', der Accord ist aufzukündigen und das Präsidentenamt bereits 2003 einen Politiker aus dem Norden auszuhändigen.

Bei den parteitaktischen Überlegungen spielt das Wahlsystem eine große Rolle. Die Verfassung erzwingt Allianzen, die in mindestens vier der sechs geopolitischen Zonen eine beträchtliche Wählerzahl mobilisieren können. Das höchste Staatsamt ist erst errungen, wenn ein Kandidat neben der einfachen Mehrheit landesweit mindestens 25% der Stimmen in zwei Drittel der Bundesländer bekommt. Sonst wird ein zweiter oder gar dritter Wahlgang notwendig - und erst beim dritten Akt ist der geografische Streufaktor ausgesetzt. Die Zwei-Drittel-Regel gilt auch bei den Gouverneurswahlen in den Gliedstaaten und soll dort die Zusammenarbeit von Politikern verschiedener Distrikte fördern.

Die Parteien: Keine Chancen für die Neuen

Obasanjo und die **PDP** (,Peoples' Democratic Party') waren die großen Wahlsieger 1999. Der Ex-General besiegte seinen Herausforderer Chief Falae mit 63% der Stimmen, die PDP gewann ähnlich überlegen den Senat und das Repräsentantenhaus. Einzig die PDP erwies sich auch als Partei mit nationaler Streuung. Die beiden anderen Parteien, **ANPP** (,All Nigeria Peoples' Party', damals noch APP) und **AD** (,Alliance for Democracy'), bauten sich Hochburgen im Nordwesten und -osten (ANPP) bzw. Südwesten (AD), und tragen seither das Image ethnisch-regional bzw. religiös-regional verankerter Parteien.

Für den erneuten Urnengang wollte Obasanjo weitere Konkurrenz unterbinden. Das Oberste Gericht machte diesen Plänen einen Strich durch die Rechnung und räumte die von Regierung und Wahlkommission errichteten Barrikaden beiseite. Nun sind 30 Parteien zugelassen - und haben wenige Wochen, um Wahlvolk zu mobilisieren.

Die Parteien der ersten Runde werden auch 2003 das Rennen unter sich ausmachen. Von den Neuen können sich nur **NDP** (,National Democratic Party'), **UNPP** (,United Nigeria People's Party') und **APGA** (,All Progressive Grand Alliance') regionale Chancen ausrechnen. Andere Gruppierungen dürften vor dem Urnengang wieder verschwunden sein, handelt es sich bei ihnen doch oft nur um taktische Manöver zum Andocken. Interessant bleibt das Abschneiden der **NLP** (,Nigeria Labour Party') - die Unterstützung durch den gewerkschaftlichen Dachverband NLC ist offen -, der **PAC** (,Progressive Action Group'), die mit Sarah Jubril erstmalig eine Frau für das höchste Staatsamt aufstellt, und der **NPC** (,National Conscience Party') von Gani Fawehinmi, in der sich Menschenrechtsgruppen und die politisch aufgeklärte Mittelschicht von Lagos sammeln könnten.

Die Wahlkongresse standen im Zeichen von Intrigen, Stimmenkauf und Verfahrensmanipulationen. Die Kontrahenten hatten sich selbst misstraut und ihren „Primaries“ Polizeiaufsicht verordnet, die Schlägertrupps oder Parteimilizen fern hielten. Am Ende setzten sich diejenigen durch, die aus der staatlichen Exekutive heraus operierten und über deren Kontrolle Gefolgschaften erzwingen konnten. PDP, ANPP und AD entstanden 1998/99 in außerstaatlichen Netzwerken; nun sind sie in den Staatsapparat hineingewachsen und von dort heraus gesteuert.

Die Kandidaten: Generäle allüberall

- **General Olusegun Obasanjo / Atiku Abubakar (PDP)**

General Olusegun Obasanjo, Präsident, Yoruba, Christ, 65 Jahre. Militärpräsident 1976-79, Machtübergabe an eine zivile Administration (Shagari 1979); engagierte sich danach im ‚Africa Leadership Forum‘. Abachas Plänen stand er im Weg und wurde eingekerkert; er überlebte nur aufgrund internationaler Kampagnen. Seine Kandidatur 1999 für die PDP resultierte aus einem Kompromiss machtvoller Politiker und Militärs aus dem Norden: als Symbol des Widerstands gegen Abacha sollte er landesweit Stimmen sammeln und mit seiner Person Ängste vor einer anhaltenden Dominanz des Nordens vertreiben. Mangels eigener Hausmacht galt er als leicht beeinflussbar.

Die Spekulation auf den ‚leicht beeinflussbaren Präsidenten‘ ging nur teilweise auf. Obasanjo versetzte gleich nach Amtsantritt die politisierte Militärführung, vor allem Offiziere aus dem Nordwesten, in den vorzeitigen Ruhestand, wagte es später aber nicht, gegen den fundamentalistischen Islam und die ihn antreibenden Gouverneure vorzugehen. Mit seiner Finanzpolitik versuchte er die Zentralregierung auf Kosten des Südostens zu stärken. Die Armee setzte er ein, um Unruhen zu unterdrücken, von ihr verübte Massaker an Zivilisten blieben ungeahndet.

Im Vorfeld der ‚Primaries‘ zettelten PDP-Abgeordnete gegen den ungeliebten Präsidenten die Amtsenthebung an, um seine erneute Nominierung zu verhindern. Lange Zeit stand seine Wiederwahl auf der Kippe, noch Stunden vor der Abstimmung galt Konkurrent Ekwueme als Favorit. Auf dem Kongress bewies er seine Fähigkeiten als Machtpolitiker. Abtrünnige PDP-

Gouverneure brachte er mit Berichten des Geheimdienstes über ihre illegal erworbenen Reichtümer zur ‚Raison‘, andere stimmte er mit Geldgeschenken auf sich ein. Nummerierte Abstimmungszettel lasteten ihm seine Gegner als schlimmsten Demokratiebruch an. Am Ende vereinigte Obasanjo 76% der Delegierten.

Atiku Abubakar, Vize-Präsident, Muslim aus dem Nord-Osten. Übernahm vom ermordeten General Shehu Yar Adua die Führung des landesweiten Netzwerks, das für das Ende der Abacha-Ära kämpfte. Er gilt als reichster ‚Northener‘ neben Babangida. Er steht für einen gemäßigten Islam und hat sich einen Ruf als gewiefter Taktiker im Ausgleich widerstreitender Interessen erworben. Die Nord-Gouverneure der PDP drängten ihn zur Gegenkandidatur, die Südost-Gouverneure zum Bündnis mit Ekwueme. Seine Loyalität sicherte Obasanjo den überlegenen Sieg und ihm mehr Einfluss in einer neuen Regierung; er gilt als chancenreicher Kandidat für die Wahlen 2007, wenn das Präsidentenamt wieder in den Norden zurückrotieren soll.

- **General Muhammadu Buhari / Chuba Okadigbo (ANPP)**

General Muhammadu Buhari, Fulani, Muslim aus dem Nordwesten. Chef der Militärregierung, der 1983 gegen Shagari putschte und 29 Monate später in einem Palastcoup von Babangida beseitigt wurde. Er verhängte drakonische Strafen gegen Politiker und Journalisten und wollte Verwaltung und Öffentlichkeit mit kasernenartiger Disziplin auf sich einschwören. Nach seinem Fall war er lange Zeit ‚incommunicado‘ für die politische und militärische Klasse. Abacha holte ihn aus der Versenkung und übertrug ihm den Vorsitz des ‚Petroleum Trust Funds‘(PTF), den er für Infrastrukturprojekte im Norden nutzte; Obasanjo feuerte ihn und stellte

ihn mit einer Untersuchungs-kommission wegen unverbuchter 2,8 Mrd. US-\$ in der Öffentlichkeit bloß. Er genießt im Nordwesten hohe Popularität; in den letzten Jahren ließ er sich mehrfach zu religiös-intoleranten Aussagen hinreißen („Muslime wählen keinen christlichen Präsidenten“), wohl um die Unterstützung der AREWA-Sammlungsbewegung zu erhalten. Sein Sieg auf dem ANPP-Kongress wurde von den neun Nord-Gouverneuren orchestriert; seine Gegner im Süden sehen in ihm einen Vertreter, der die politische Dominanz von Hausa-Fulani-Gruppen im Nordwesten durchsetzen will und die ANPP in Richtung einer Sharia-Partei drängt. Das doppelte Imageproblem als Militärdiktatur und Vertreter nördlicher Interessen wird es ihm schwer machen, sich als Kandidat für nationale Aussöhnung zu verkaufen.

Chuba Okadigbo, Igbo, Bewerber für die Vize-Präsidentschaft aus dem Südosten. Ehemals PDP-Mitglied, 1999 Senatspräsident. Einem Amtsenthebungsverfahren wegen Korruption entzog er sich durch Rücktritt. Im Oktober 2002 wechselte er zur ANPP, um Präsidentschaftsbewerber zu werden. Als sich die Vornominierung von Buhari zum Kongressskandal ausweitete und alle fünf Gegenbewerber aus dem Süden ihre Kandidatur aus Protest zurückzogen, reagierte er am schnellsten und bot sich der Nordfraktion als Vize an.

- **AD : ohne Bewerber,**

Die AD gilt als Yoruba-Partei. Sie verzichtet auf einen Bewerber um die Präsidentschaft aus den eigenen Reihen. Vermutlich wird sie zur Wahl von Obasanjo aufrufen (s.u.).

- **Colonel Emeka Ojukwu (APGA)**

Colonel Emeka Ojukwu, Igbo aus dem Südosten. Ex-Rebellenchef, der Biafra

1967 in die Sezession führte und nach der Niederlage 14 Jahre im Exil lebte. Nach seiner Rückkehr bemühte er sich zunächst um das Image einer zu einem nationalen Politiker geläuterten Persönlichkeit, blieb dennoch ein Symbol des Igbo-Nationalismus. Sein Wahlkampf setzt voll auf die ethnische Karte („Igbo first“), ihm werden Verbindungen zur ‚Movement for the Actualisation of the Sovereign State of Biafra‘ (MASSOP) nachgesagt.

- **General Ike Nwachukwu (NDP)**

General Ike Nwachukwu, Igbo aus dem Südosten. Er war 1987-92 unter Babangida Außenminister. Zunächst strebte er die Spitzenposition in der PDP an, wechselte dann zur NDP, in der vor allem frühere Weggenossen von Ex-Juntachef Babangida versammelt sind. Dieser gilt auch als Hauptfinanzier der NDP.

- **Jim Nwobodo (UNPP)**

Jim Nwobodo, Igbo aus dem Südosten. Seit Jahrzehnten wichtiger Politiker, 1999 zum PDP-Senator gewählt. Als ihm die erneute Senatskandidatur versagt wurde; wechselte er zur UNPP. Er ist in zahllose Skandale und Machtkämpfe verwickelt; erst kürzlich entzog die Zentralbank seiner Bank die Lizenz wegen unlauterer Geschäftspraktiken.

Die Wahlchancen in den sechs geopolitischen Zonen

Nordwest:

In vier der sieben Bundesländer gewann ANPP 1999 die Mehrheit (Sokoto, Kebbi, Jigawa und Zamfara, von dem die Initiative zum Ausbau der Sharia-Gerichte ausging). Im Kernland des Sokotokalifats üben Gouverneure und Ulamas den Schulterschuß am deutlichsten: Die politische Exekutive begünstigt die Aufwertung der Sharia-

Gerichte, die Geistlichen rufen in den Moscheen zur Wiederwahl der Politiker auf. Die Emire und der Sultan von Sokoto bezogen bisher gegen diese Entwicklung nicht deutlich Stellung. Alles andere als ein deutlicher Wahlsieg für Buhari und die ANPP wäre eine Überraschung. Anders sieht es in Kano, dem wirtschaftlichen Zentrum des Nordens, Kaduna und Katsina aus, die nach dem hohen Wahlsieg der PDP 1999 dieses Mal umkämpft sind. In Kano ist die PDP in Fraktionen zerfallen, in Kaduna forderten religiöse Ausschreitungen anlässlich der Einführung der Sharia und der ‚Miss World Wahlen‘ Tausende bzw. Hunderte von Todesopfern. In diesen drei PDP-Ländern ist die Gefahr am größten, dass mit Einschüchterungen und Manipulationen Einfluss genommen wird. Auf die gesamten Nordwest-Region bezogen dürfte ANPP ihren Vorsprung gegenüber PDP ausdehnen und Buhari den amtierenden Präsidenten deutlich hinter sich lassen.

Nordost:

In den sechs Bundesländern hielten sich 1999 ANPP (Yobe, Borno, Gombe) und PDP (Adamawa, Taraba, Bauchi) die Waage. Die Lage in den ANPP-Ländern ist vor dem erneuten Wahlgang nicht eindeutig, der Gouverneur von Borno wechselte bereits zur AD und in Borno und Yobe dürfte die historisch gewachsene Konkurrenz zwischen Hausa-Fulani und Kanuri Buhari Stimmen kosten. In den PDP-kontrollierten Ländern ist dagegen eine Wiederholung des Wahlsiegs wahrscheinlich - in Adamawa und Taraba sind mit Vizepräsident Atiku und Verteidigungsminister Danjuma zwei prominente Persönlichkeiten der Zentralregierung einflussreiche Landespolitiker. Über die gesamte Region hinweg liegt die PDP im Vorteil, ANPP dürfte im besten Fall ein erneutes Patt erreichen. Möglicherweise splitten sich die

Stimmen zwischen Landes- und Bundeswahl.

Zentralnorden:

Der ‚Middle Belt‘ setzte sich im 19. Jahrhundert gegen islamische Expansion und Hausa-Fulani-Dominanz zur Wehr und wurde in der Kolonialzeit Missionsgebiet vieler Kirchen. Kommunale Landnutzungsrechte, Religion und ethnische Herkunft haben sich zu einem explosiven Gemisch verdichtet, das sich immer häufiger im Streit zugewanderter Siedler (muslimische Hausa-Fulani) mit eingesessenen Gruppen entlädt. ANPP gewann 1999 zwei Länder (Kwara, Kogi), PDP vier (Plateau, Benue, Nasarawa, Niger). Es ist kaum vorstellbar, dass Tiv und Idoma (Benue und Plateau) Buhari die Stimme geben. Nach den Gemetzeln der Armee könnten die Tiv sich einem Igbo-Kandidaten zuwenden. Auch die Eggon (Nasarawa) lehnen die Sharia ab. Selbst Kwara, von muslimischen Yoruba besiedelt, bricht der ANPP möglicherweise weg. Nur der Niger könnte sich ANPP zuwenden, falls General Babangida seine Hausmacht in Minna zugunsten Buharis in die Waagschale wirft. Insgesamt steuern Obasanjo und die PDP auf einen hohen Wahlsieg zu.

Südwest:

Das Yoruba-Kernland hat seit den Zeiten von Awolowo immer wieder bewiesen, dass es seine Stimme im Block abgeben kann. Wahlergebnisse von 80% sind normal. 1999 tauchte AD als neue Yoruba-Partei auf und gewann alle sechs Länder. Bei der Präsidentschaftswahl kam es zur ungewöhnlichen Konstellation, dass mit Chief Olu Falae und Obasanjo zwei Yoruba um das höchste Amt rangen und AD ein Wahlbündnis mit ANPP einging. Obasanjo erlebte daraufhin seine höchste Niederlage in einer Region. Eine derartige Situation ist 2003 ausgeschlossen. Bola Ige, uneinge-

schränkter Chef der AD und populärer Justizminister im Kabinett Obasanjo, wurde vor zwei Jahren in seinem Bett erschlagen. Damit war der wichtigste Machtfaktor im Südwesten aus dem Feld geräumt und die Stimmabgabe der Yoruba wieder offen. Die AD hat auf einen eigenen Präsidentschaftsbewerber verzichtet und wird Obasanjo ein taktisches Bündnis anbieten. ANPP und PDP dürften in den Gouverneurs- und Parlamentswahlen haushoch gegen die AD verlieren, Obasanjo aber mit der gesplitteten Stimmabgabe einen Wahlsieg feiern.

Zentralsüden und Südosten:

Die PDP gewann 1999 beide Regionen mit überwältigender Mehrheit, Igbo-Politiker standen auf Obasanjos Seite. Für 2003 ist ein offener Kampf um die Vorherrschaft entbrannt, dessen Ausgang wahlentscheidend sein könnte. Die ethnische Sammlungsbewegung ‚Ohanaeze Ndigbo‘ macht gegen Obasanjo Front („the architect of the marginalisation and suppression of Ndigbo“) und fordert einen Igbo-Präsidenten. Seit der Kampf um die Spitzenplätze in der PDP und ANPP mit kläglichen Niederlagen endete, will sie Igbo-Politiker aller Parteien zum Übertritt bewegen und unter einem Dach vereinen.

Eine Prognose ist derzeit unmöglich, weil die Positionen noch nicht klar bezogen sind. Mit Ojukwu, Nwachukwu und Nwobodo stehen drei Politiker im Feld, die sich gegenseitig Stimmen abjagen könnten. Ihre Zusammenarbeit und eine Koalition von ABGA, UNPP und NDP könnte eine Wählermehrheit im Südosten zusammenbringen, ist aber angesichts der Zerstrittenheit der politischen Klasse im Igbo-land unwahrscheinlich. Wirklich in Bedrängnis käme Obasanjo sowieso nur, wenn nicht nur ein Igbo-Bündnis gelänge sondern sich auch der Zentral-

süden anschlösse und beide Regionen für Buhari votierten.

Obasanjo kann diese Allianz mit seiner Haushaltspolitik torpedieren. Im Streit über die Ölquellen des dem Festland vorgelagerten Schelfs mobilisiert der Zentralsüden gegen ihn, weil die Region in ihm den Protagonisten für ‚ihre Enteignung‘ sieht. Seit immer mehr Reserven ‚Off-Shore‘ liegen, gilt auch immer häufiger die Regelung, nach der Erlöse nur dem Zentralstaats zufließen und angrenzende Küstenregionen leer ausgehen. Einige Länder, allen voran Akwa Ibom, würden ohne Sondermittel für Fördergebiete bis zu 40% ihres Gesamtetats verlieren. Eine Verschiebung ihrer Ländergrenzen in die 200 Meilenzone im Golf von Guinea soll dies verhindern. Die Nord-Gouverneure und andere Hausa-Fulani-Stimmen haben sich in dieser Sache auf die Seite Obasanjos geschlagen. Der aber deutet mittlerweile eine Kehrtwende an und signalisiert den Küstenländern Kompromissbereitschaft. Für einen Stimmungsumschwung ließ er Ende Januar schnell mal die Petrodollars nach der alten Formel in die Fördergebiete fließen.

Der Babangida-Faktor

Einer der größten Strippenzieher in der nigerianischen Politik betreibt derzeit munteres Versteckspiel. Als Chef der Militärregierung von 1985-93 häufte General Ibrahim Babangida ein Riesenvermögen an. UNPP und NPN gelten als seine Parteigründungen, die UNPP forderte ihn auch zur Präsidentschaftskandidatur auf.

1999 schmiedete er am Accord Obasanjo-PDP mit, um sich bei den Yoruba für seine Rolle bei der Verhinderung der Präsidentschaft Abiola (1993) zu entschuldigen. Lange Zeit heizte er Spekulationen an, ob er bereits 2003 oder erst 2007 in den Ring

klettert. Obasanjo blockierte wohl seine Kandidatur 2003 durch eine Untersuchungskommission, die die strafrechtliche Verfolgung Babangidas wegen Mordes an dem Journalisten Dele Giwa empfahl. Sein Versuch, in der PDP Ekwueme gegen Obasanjo durchzuboxen, scheiterte. Nun scheint er an einer Igbo-ANPP-Allianz zu basteln.

Die Öffentlichkeit wird mit der Aussöhnung eines seltsamen Trios auf ein neues Bündnis vorbereitet: Shagari, Buhari und Babangida. Ein gewählter (Ex-)Präsident vermittelt zwischen den Generälen, die zunächst ihn und dann sich gegenseitig von der Macht putschten. Damit werden Babangidas Absichten deutlicher. Er wirft sein Gewicht hinter eine Nordwest-Südost-Allianz, um der PDP maximalen Schaden zuzufügen. Denn 2007 wird er gegen einen starken Gegner antreten: Vizepräsident Atiku hat weitere vier Jahre Zeit, seine Position auszubauen, um Nachfolger Obasanjos zu werden.

Prognose: Klare Vorteile für Obasanjo, knapper Sieg der PDP

Auch wenn politische Allianzen in Nigeria äußerst kurze Halbwertszeiten besitzen und ANPP alles daran setzen dürfte, ihre Basis durch Einbeziehung weiterer Gruppen zu erweitern - mit Ausnahme des Zentralsüdens und Südostens sind die anderen Landesteile weitgehend positioniert. Vorteile im Nordosten (Atiku-Faktor) sowie deutliche Mehrheiten im Zentralnorden / Middle Belt (Anti-Sharia-Faktor) und Südwesten (Yoruba-Faktor) sollten für einen Gesamtsieg Obasanjos reichen. Nur wenn sich der Zentralsüden und Südosten auf eine gemeinsame Plattform einigen und auf Buhari umschwenken, könnte die Mindeststimmzahl (25%) in den 24 Bundesländern gefährdet und weitere Wahlgänge notwendig werden. Spätestens aus dem

dritten Durchgang dürfte Obasanjo aber endgültig als Sieger hervorgehen.

Ein diffuseres Bild ergibt sich für die Parteien. Die PDP wird wohl wieder stärkste Gruppe in den beiden Parlamentskammern werden, aber hinter ihrem letzten Erfolg zurückbleiben. Bei den Wahlen der Länderexekutiven werden sich die meisten Gouverneure erneut durchsetzen. Mit Einbrüchen muss die PDP aber im Nordwesten, im Zentralsüden und im Südosten rechnen. Im Südwesten könnte sie gar von der AD völlig an den Rand gedrängt werden. Am Ende werden die Parteien noch deutlicher als 1999 auf eine ethnische und regionale Basis zurückgeworfen sein, für die PDP droht gar, dass sie mit ihrer Mandatsbasis zu einer Partei des Nordens schrumpft. Der Zentralsüden und Südosten wiederum werden einmal mehr erkennen müssen, dass sie trotz des Öl-Reichtums bzw. der ständigen Forderung nach einer Igbo-Präsidentschaft politisch nur die zweite Geige spielen.

Eine bedeutsame Rolle des Irak-Konflikts für den Wahlausgang kann zwar nicht ausgeschlossen werden, ist aber kaum wahrscheinlich. Auch wenn Usama bin Laden in seiner Erklärung vom 10. Februar Nigeria den "infidel countries enslaved by the US" zurechnete, die von seinen Anhängern befreit werden sollten - Obasanjo wird kaum einen Krieg im Nahen Osten gutheißen und diejenigen Munition liefern, die 60 Mio. Muslime gegen eine nigerianische Zentralregierung im Bündnis mit dem christlichen Westen aufbringen möchten.

Freie und faire Wahlen?

Die Aufgaben der Wahlkommission sind enorm. Rd. 120 000 Wahllokale sind mit Personal, Stimmzetteln, Urnen, Transport- und Kommunikationsverbindungen auszustatten, politische

Parteien als Wahlbeobachter zu akkreditieren. Die Wählerregistrierung im September 2002 war lückenhaft und soll über einen Nachlauf verbessert werden. Auch ohne Manipulationsversuche werden bürokratische Probleme in vielen Fällen faire Wahlen erschweren. Und an Betrugsmanövern mangelt es bereits jetzt nicht. Zwei Millionen Doppelintragungen im Wählerverzeichnis sind bereits gefunden, ebenso ein unautorisierter Druckauftrag für fünf Mio. Stimmzettel.

Faire Wahlen wird es nicht geben. Die (späte) Öffnung des politischen Raums für zusätzliche Parteien baute zwar Spannungen ab – ihnen bleibt aber nicht genügend Zeit, sich und ihren Wahlkampf zu organisieren. Stimmenkauf gehört zum normalen Erscheinungsbild, allein beim PDP-Wahlkongress sollen 25 Mio. Euro die Besitzer gewechselt haben. Die nigerianische Regierung kündigte bereits im März 2002 das Beistandsabkommen mit dem IMF – Kritiker unken, damit sie keine Rechenschaft über den Haushalt abgeben muss. Auffallend seither die hohen Reimporte (beliebte Wahlgeschenke) und ein starker Rückgang der Devisenreserven. Daß Wahlen mit einer restriktiven Fiskalpolitik und einer Konsolidierung der Haushalte kaum in Einklang zu bringen sind, bewies schon die zweite Republik.

Auch friedliche Wahlen wird es landesweit wohl nicht geben. Nigeria erlebte in den vier Jahren der neu gewonnenen Demokratie den schlimmsten Zyklus religiös und ethnisch motivierter Gewalt der letzten drei Jahrzehnte, über 10 000 Menschen, so die Schätzungen, kamen bei den Zusammenstößen seit 1999 um. Ethnische Milizen und Vigilantengruppen, von Politikern als Privatarmeen gehalten, stehen für das schmutzige Geschäft bereit. Ausschreitungen drohen vor allem im Niger-Delta und Südosten -

Teile der Region stehen seit Jahren de facto unter militärischer Besetzung. Die Polizei besitzt nicht genügend Personal, um Auseinandersetzungen zu verhindern. Mit Wahlabbruch und -wiederholung unter militärischer Aufsicht muss gerechnet werden.

Bleiben die Militärs in den Kasernen?

Über das Verhalten der Armee lässt sich nur rätseln. Die gegenwärtige Militärführung verdankt Obasanjo ihren schnellen Aufstieg. Die Besetzung der Kommandostellen mit Offizieren aus dem ‚Middle Belt‘ spricht dafür, dass sie sich nicht vor den Karren eines ethnisch-regionalen oder religiös motivierten Putsches spannen lassen. Die Entwicklung der letzten vier Jahre zeigt ambitionierten Offizieren überdies, dass politische Karrieren nach dem Ende einer Soldatenlaufbahn inzwischen zur ‚Normalität‘ gehören. Warum also putschen, wenn der Vormarsch der Generäle auch in der Zivilpolitik unaufhaltsam scheint?

Das Bild könnte sich dramatisch ändern, wenn die Armee in weiten Landesteilen aufmarschieren muss, um Unruhen zu beenden und Wahlauschreitungen niederzuschlagen. Eine Wahl von Gnaden des Militärs entzöge der vierten Republik wieder alle Legitimität. Die Karten im Machtpoker würden dann wieder völlig neu gemischt werden.

Wie verhält sich die internationale Gemeinschaft?

Das internationale Interesse an Nigeria ist groß. Sein wirtschaftliches und politisches Gewicht in Westafrika entspricht etwa dem aller anderen Länder der Region zusammengenommen - seine Hauptstadt Abuja ist gleichzeitig Sitz des ECOWAS-Sekretariats und Regionalparlaments. Seit es wieder

den Weg zur Demokratie eingeschlagen hat, ist Nigeria außenpolitisch neben Südafrika zum wichtigsten Machtfaktor im subsaharischen Afrika aufgestiegen. Erfolgreiche Wahlen' würden auf den gesamten Kontinent ausstrahlen und nach der Abstimmung in Kenia ein weiteres Signal setzen, daß Demokratie nach vielen Rückschlägen auch in Afrika wieder eine Zukunft hat.

Dennoch darf man jetzt schon über die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf gescheiterte Wahlen spekulieren. Nigeria ist für die Energieversorgung des Westens zu wichtig, als dass eine gescheiterte Wahl zu vergleichbaren Reaktionen führen würde wie z.B. in Zimbabwe. Zu groß ist auch

die Angst, dass ein Auseinanderbrechen des Landes in der Region einen Flächenbrand ungekannten Ausmaßes auslösen könnte. Wer territoriale Integrität Vorrang vor der Demokratie einräumt, mag ein autoritäres Regime als kleineres Übel hinnehmen. Ob das Land aber erneut eine Militärdespotie durchsteht, kann bezweifelt werden. Scheitern die Wahlen, sind zwei außenpolitische Wirkungen aber sicher: die NEPAD-Initiative als auch die ECOWAS-Bemühungen um regionale Integration und Sicherheit wären schwer beschädigt.

Zum Autor:

Dr. Rudolf Traub-Merz ist Referent für das westliche Afrika.

Ansprechpartner:

Dr. Rudolf Traub-Merz
Sabine Matambalya
Friedrich-Ebert-Stiftung

Tel: 0228-883-580
Tel: 0228-883-577
Fax: 0228-883 623

Mail: Rudolf.Traub@fes.de
Mail : Sabine.Matambalya@fes.de